



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Die Fraktionen von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim vereinbaren die Bildung einer Gruppe und die Zusammenarbeit für die XVIII. Wahlperiode des Kreistages vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2021 mit dem Ziel, die Entwicklung des Landkreises zukünftig gemeinsam zu gestalten.

Grundlage dieser Vereinbarung sind die jeweiligen Wahlprogramme beider Parteien. Diese Vereinbarung zielt ab auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, um zu gemeinsamen Entscheidungen in Sach- und Personalfragen zu kommen und dafür die Mehrheiten in den Beschlussgremien zu sichern. Die Gruppe hat das Ziel im Kreistag des Landkreises Hildesheim und seinen Ausschüssen einheitlich abzustimmen.

Zur Abstimmung der Arbeit in den Kreistagsgremien werden gemeinsame Arbeitskreise gebildet. Es findet ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt. Initiativen der Gruppenpartner werden vor Einbringung in den Kreistag den jeweiligen Fraktionen zur Kenntnis gebracht und von beiden Seiten mit dem Ziel der Absprache über Inhalt und Vorgehen beraten. Im Einzelfall kann das Abstimmungsverhalten freigegeben bzw. ein Gruppenpartner ohne Anspruch auf Unterstützung des jeweils anderen tätig werden.

Die Gruppenpartner bilden einen Gruppenausschuss. Der Gruppenausschuss besteht aus je vier Fraktionsmitgliedern, die von den Fraktionen benannt werden.

Aufgabe des Gruppenausschusses ist es, die Zusammenarbeit zu koordinieren und bei unterschiedlichen Positionen der Fraktionen in Sach- und Personalfragen eine einvernehmliche Lösungen zu erarbeiten. Unterschiedliche Positionen sollen von den Fraktionen nach außen erst dann vertreten werden, wenn nach Beratung des Gruppenausschusses keine einvernehmliche Lösung erzielt werden konnte.

Die Gruppenpartner nehmen die Pressearbeit in eigener Verantwortung wahr. Eine Darstellung eigener Ziele und Vorstellungen muss den Partnern möglich sein.

Präambel

Die Gruppe SPD/CDU will im Kreistag Hildesheim zukünftig neue politische Akzente setzen.

Bei der Realisierung der Ziele wird die Konsolidierung des Haushaltes, die Gestaltung des demographischen Wandels und die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Hildesheim von besonderer Bedeutung sein.



Die folgenden Themen bilden die Leitlinien unserer Zusammenarbeit:

Themenbereich – Finanzen, Personal- und Verwaltung

Finanzen

- Transparenz - Der Kreistag soll ergänzend zum Haushaltsplan eine Übersicht oder Angaben erhalten:
- über die Aufgaben nach § 6 Abs. 1 (Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis) und § 5 Abs. 1 bis 4 (freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis), den dazu jeweils anfallenden Kosten und den Stellen, die die jeweiligen Aufgaben ganz oder teilweise erfüllen
- über die freiwilligen Leistungen: unterteilt nach freiwilligen Leistungen bei den Pflichtaufgaben und den eigenen Aufgaben.
- (Die Gemeinden sollen gebeten werden, dem Landkreis eine entsprechende Übersicht zur Verfügung zu stellen.)
- Minderung der Ausgaben - Die Kreisverwaltung soll beauftragt werden, dem Kreistag ein Konzept zur Aufgabenkritik vorzulegen, um bei einem ausreichenden Bestand an freiwilligen Leistungen realistische Möglichkeiten zur Minderung der Ausgaben erkennen zu können. Ziel soll es sein, einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen, die Kassenkredite abzubauen und ebenfalls die Gemeinden zu entlasten.
- Interkommunale Zusammenarbeit - Die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden soll mit Unterstützung des Landkreises ausgebaut werden. Das Land soll gebeten werden, die interkommunale Zusammenarbeit mehr als bisher zu unterstützen und zu fördern.
- Das Land soll um Rücknahme des 2005 erfolgten Eingriffs in den Finanzausgleich gebeten werden.

Rekommunalisierung

- Rekommunalisierung der Reinigungsdienste, wenn dies für den Landkreis Hildesheim bei Berücksichtigung aller zu beachtenden Umstände wirtschaftlicher ist.
- Der bodengebundenen Rettungsdienst soll in der derzeitigen Form von gemeinnützigen Organisationen fortgeführt werden. Dabei sollen zur Sicherung der regionalen Strukturen langfristige Verträge mit gemeinnützigen Organisationen geschlossen werden. Dadurch soll künftig auch der Verzicht auf das bisherige Verfahren mit einer Ausschreibung des bodengebundenen



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Rettungsdienstes erreicht werden. Eine kreiseigene Übernahme des Rettungsdienstes erfolgt nicht.

Verwaltung

- Personalentwicklungskonzept soll unter Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter fortgeschrieben und weiterentwickelt werden.
- Das Themenfeld „Frauen und Wirtschaft“ soll konzeptionell weiterentwickelt werden unter Einbindung und Stärkung der Koordinierungsstelle „Frauen und Wirtschaft“.
- Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist von allen dafür zuständigen Stellen in der Verwaltungspraxis bei der Umsetzung aller dafür relevanten Vorschriften zu beachten.
- Online-Streams von Sitzungen - Die Verwaltung wird gebeten, Möglichkeiten für eine online-Übertragung von öffentlichen Sitzungen - zumindest des Kreistages - auf der Homepage des Landkreises Hildesheim zu prüfen. Erfahrungen aus anderen Gebietskörperschaften sollen hierbei einbezogen werden.
- § 3 der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim wird wie folgt geändert:
 - o In Absatz 1 werden nach dem Wort „Fraktionssitzungen“ die Worte „sowie an Sitzungen der Fraktionsarbeitskreise“ eingefügt.
 - o In Absatz 2 werden nach der Angabe „15 Sitzungen pro Jahr“ die Worte „und die Zahl der entschädigungsfähigen Fraktionsarbeitskreissitzungen auf 20 Sitzungen pro Jahr“ eingefügt.
- Bürgerfreundliche Verwaltung - Es soll ein Projekt gestartet werden, in dem die Bevölkerung um Vorschläge dazu gebeten wird, wie die Verwaltung bürgerfreundlicher gestaltet werden kann.
- Leichte Sprache - Die Verwaltung wird aufgefordert, zentrale Informationsmaterialien und Formulare in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen.
- Kreisfusion/-arrondierungen sollen bei vorliegenden neuen Rahmenbedingungen entsprechend geprüft werden.
- Es sind neue Formen der Zusammenarbeit von Landkreisen anzustreben.



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Themenbereich – Migration und Integration

- Migration wird weiterhin und zunehmend eine große Aufgabe sein. Es wird ein Migrationsausschuss gebildet. - Für eine sachgerechte Migration sind mehr Maßnahmen erforderlich, als sie derzeit im Migrationsrecht gesetzlich vorgeschrieben sind. Welche Maßnahmen tatsächlich erforderlich sind, soll fortlaufend geprüft werden. Die für die tatsächlich erforderlichen Maßnahmen anfallenden Kosten sollen umfassend ermittelt und vollständig vom Land/Bund abgefordert werden.
- Das Land wird aufgefordert einen Dolmetscherpool aufzubauen und zu unterhalten.

Themenbereich – Sicherheit, Ordnung und Umwelt

- Verkehrslenkung - Schilderabbau überall dort, wo es sinnvoll und zulässig ist, soll mit den Gemeinden und der Presse eine Kampagne zum Schilderabbau durchgeführt werden.
- Verkehrssicherheit - In Zusammenarbeit und in Abstimmung mit den Gemeinden kann auch auf Durchgangsstraßen eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h angeordnet werden, wo „eine das allgemeine Risiko deutlich übersteigende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts“ (BVerwG - Urteil vom 23. September 2010 - Az. 3 C 37.09) besteht. Dies betrifft auch Stellen außerhalb geschlossener Ortschaften (z. B. in Bereichen von Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Behinderteneinrichtungen, Haltestellen für den Schülerverkehr usw.).
- Ersuchen von kreisangehörigen Kommunen über die Errichtung von ortsfesten Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen werden grundsätzlich an Ortsdurchfahrten mit besonderem überörtlichen Verkehrsaufkommen unterstützt.
- Kali & Salz - Soweit für die Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Giesen/Sarstedt der Landkreis Hildesheim verpflichtet sein sollte, eine Einvernehmensklärung nach dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes anzugeben, soll darüber der Kreistag entscheiden.



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Themenbereich – Infrastruktur, Bauen

- „Neuer Zusammenhalt – Agenda zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis Hildesheim“. Es soll, unter Beteiligung der Gemeinden eine Masterplan erarbeitet werden, der der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis dient. Einbezogen werden die demographische Entwicklung, die Fortschreibung der kommunalen Strukturdaten, die in den „Perspektiven einer kommunalen Strukturreform im Landkreis Hildesheim“ begonnen wurden. Schwerpunkte sollen die öffentliche Daseinsvorsorge, die Mobilität, die Digitalität, der Tourismus u.a. sein. Das Ziel ist ein Masterplan für den Landkreis. Da diese Aufgabe beispielhafte Wirkung haben wird und übertragbar sein wird, ist die Beteiligung des BM für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Landes anzufordern. Diese Aufgabe kann von der Verwaltung nicht nebenbei erledigt werden. Eine kompetente Gesamtleitung unter Einbeziehung der Kapazität der hiesigen Universität ist anzufragen. Der Landkreis Nordfriesland hat ein integriertes Kooperationsraum- und Mobilitätskonzept mit Hilfe des BMVI erstellt. Die Ergebnisse könnten eingearbeitet und durch unseren Ansatz erheblich erweitert werden.
- Stärkung von Tourismus und Kultur. Es soll unter Beteiligung aller betroffenen Akteure ein Konzept zur Stärkung von Tourismus und Kultur entwickelt und fortgeschrieben werden.
- Radschnellweg. Ein Radschnellweg von Hildesheim nach Hannover soll errichtet werden. Zunehmend mehr Radfahrer, v.a. auch E-Biker nutzen ihr Rad um zur Arbeit zu fahren oder andere Wege zu erledigen und das Auto zu Hause stehen zu lassen. Dies dient der Gesundheit und dem Klimaschutz. Im Ruhrgebiet entsteht zur Zeit die erste Schnellstraße von Hamm nach Duisburg für Radfahrer (s. ADACmotorwelt Heft 4/2016, S.34 ff.) Auch in der Region Hannover finden Überlegungen dazu statt. Die Pendlerströme zwischen Hannover und Sarstedt laden dazu ein, hier einen ersten Abschnitt in Abstimmung mit der Region Hannover zu planen.
- Sichere Schulwege, sichere Schülerbeförderung ohne unverhältnismäßige Wartezeiten und schulstandortorientierter Radwegeausbau
- Erstellen von Schul-Baurichtlinien für den LK Hildesheim nach dem Vorbild des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Sanierung/Neubau Gymnasium Sarstedt in Abstimmung mit der Stadt Sarstedt
- Öffentliche WLAN-Zugänge - Die Verwaltung wird aufgefordert, öffentliche WLAN-Zugänge bei Gebäuden der Kreisverwaltung zu schaffen.
- Wohnraumförderung - Es soll ein Programm erarbeitet werden, um Maßnahmen der Gemeinden zur Anhebung der Wohneigentumsquote zu



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



unterstützen. Als Grundlage dazu sollten die derzeit getroffenen und geplanten Maßnahmen der einzelnen Gemeinden erfasst werden.

Themenbereich – Schule, Bildung und Kultur

- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
- Schulkrankenschwestern / Modellversuch mit zwei Schulen im Landkreis. Unter Hinweis auf das Projekt „Schulkrankenschwester“ im Land Brandenburg und in Anlehnung daran, soll ein Modellprojekt durchgeführt werden. Eine finanzielle Beteiligung des Landes und des Europäischen Sozialfonds ist anzustreben.
- Schul-PC-Ausstattung (Tablets, zentrale Beschaffung und Wartung). Deutschland liegt beim Einführen und Nutzen von Computern, Notebooks und Smartphones in der Schule hoffnungslos weit zurück. Die Bundesbildungsministerin hat angekündigt, Deutschland flächendeckend in die Lage zu versetzen digitale Bildung zu vermitteln. Sie will in fünf Jahren fünf Milliarden mobilisieren. Im Gegenzug sollen die Länder sich verpflichten entsprechende pädagogische Konzepte zu entwickeln und Lehrer dafür auszubilden. Das ist noch Zukunftsmusik. Bis zur Realisierung sollte der Landkreis nicht warten, sondern jährlich 50.000 Euro einsetzen. Die Vergabe soll nach einer schulischen Bestandsaufnahme und bei Vorliegen eines geeigneten pädagogischen Konzeptes erfolgen.
- Fahrtkostenübernahme im Bereich Sek II. Es sollte allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Sozialstatus der Eltern, die höchstmögliche Ausbildung zu bekommen. Fahrtkosten sollten kein Hindernis sein. Wir möchte, dass es auch für den Sek.II eine kostenlose Beförderungsanspruch gibt. Bisher ist diese Frage immer an den Kosten gescheitert. Jeder Schüler im Primar- und Sek-I-Bereich, der mehr als 2 Kilometer vom Schulstandort entfernt lebt, hat einen Anspruch auf Beförderung. Es gibt in anderen Landkreisen interessante Modelle. So hat der Landkreis Peine eine Sommer- und eine Winterregelung. Denk- und zumutbar wäre auch ein andere Variante. Der Anspruch der Schüler in den Klassen 1 -4 bliebe bestehen. Für die Schüler der Klassen 5 -7 begönne der Anspruch ab z.B. dem dritten Kilometer und für die weiteren Klassen 8 – 10 und die Oberstufe z.B. ab dem vierten Kilometer. Mit der Einsparung im Sek I könnte der Sek II zum Teil gegenfinanziert werden.
- Eine Bewerbung der Stadt Hildesheim zur Europäischen Kulturhauptstadt wird unterstützt.
- Stärkung der dualen Berufsausbildung. Die Verwaltung wird beauftragt, ein regionales "Bündnis duale Berufsausbildung" mit allen Akteuren in diesem Bereich zu gründen. Vorbild ist das vergleichbare Bündnis auf Landesebene.



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Wir wollen junge Menschen hier in unserer Region halten, die Vorteile der dualen Ausbildung vermitteln und auch Alternativen und Perspektiven neben und anstelle des Studiums aufzeigen.

Themenbereich – Soziales, Gesundheit und Jugend

- Fortsetzung und Ausweitung von Piaf, Griffbereit und Rucksack
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung - Das Land soll aufgefordert werden, auf eine Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten hinzuwirken. Es soll eine Arbeitsgruppe aus den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, des Dez. I- und des Jugendhilfeausschusses eingesetzt werden, die die Auswirkungen des KITA-Vertrages untersuchen und Regelungen für den Zeitraum nach 2017 vorschlagen soll. Die Arbeitsgruppe soll bei ihren Arbeiten insbesondere fachkundige Personen der Kreisverwaltung und Vertreter der Gemeinden beteiligen. Die Aufgabe soll grundsätzlich den Gemeinden langfristig übertragen werden.
- Erhalt und weitere Förderung der ehrenamtlichen Strukturen u.a. auch im organisierten Breitensport.
- Jugendforum - Zur stärkeren Einbeziehung von jungen Menschen in politische Prozesse und zur Stärkung von Demokratie und Partizipation wird auf Ebene des Landkreises Hildesheim ein Jugendforum gebildet. Eine Verzahnung des Jugendforums mit bestimmten Fachausschüssen des Landkreises ist anzustreben.
- Inklusion - Eine Belegsteuerung findet nicht statt, eine sachgerechte Umsetzung der sozialrechtlichen Vorschriften im Bereich der stationären Pflege soll durch Überprüfungen in unregelmäßigen Abständen erfolgen.
- Petitionen, für die weniger als 50 Personen unterzeichnet haben oder die als eilbedürftig bezeichnet sind, soll der Kreisausschuss zuständig sein.



Vereinbarung

zur Bildung einer Gruppe gem. § 57 NKomVG
zwischen den Fraktionen der SPD und CDU
im Kreistag des Landkreises Hildesheim
(Stand: 17.11.2016)



Die nachfolgenden Punkte sollen u.a. in Anfragen behandelt werden:

Sozialhilfekosten Es soll geprüft werden, ob und von welchen Stellen Untersuchungen darüber angestellt werden und ggf. zusätzlich angestellt werden sollten, welche Ursachen die stetig steigenden Sozialhilfekosten haben und welche Maßnahmen zur Beendigung dieser Entwicklung erforderlich sind.

Hochwasserschutz In Zusammenarbeit mit den Gemeinden soll

- ein Hochwasserschutzplan aufgestellt werden, in dem die erforderlichen Maßnahmen - bezogen auf die einzelnen Gemeinden sind - mit einem Zeit und Finanzierungsplan
- möglichst zeitnah geklärt werden, wo Ausnahmegenehmigungen für Maßnahmen in den vorläufig festgelegten Überschwemmungsgebieten angestrebt werden sollen.
- Zur Finanzierung des Hochwasserschutzes sollen langfristig verlässliche und planbare Finanzaufweisungen des Landes gefordert werden.

Vorhaben der Landesregierung Die Kreistagsfraktionen sollen von der Kreisverwaltung zeitgerecht informiert werden über Vorhaben der Landesregierung (geplante Gesetze, Verordnungen, Vereinbarungen usw.), die Auswirkungen auf die kommunale Ebene haben und bei denen eine Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände vorgesehen ist.

Genehmigungs-/Erlaubnis-/Einvernehmensverfahren

Der Kreisausschuss soll über wichtige Genehmigungs-/Erlaubnis-/Einvernehmensverfahren rechtzeitig und so informiert werden, dass ein Vorbehaltsbeschluss des Hauptausschusses oder des Kreistages herbeigeführt werden kann. Wichtig in diesem Sinne sind Vorhaben, die für die Öffentlichkeit und die Berichterstattung in der Presse überörtlich von besonderer Bedeutung sind. Unberührt hiervon bleiben die Beratungen in den Fachausschüssen und die gesetzlich geregelte Informationspflicht der Verwaltung.

Gewässerschutz Die Kreisverwaltung soll aufgefordert werden, gegenüber dem Kreistag konkret anzugeben, welche konkreten Maßnahmen wann und an welchen Stellen getroffen werden sollen, um Gewässer zu renaturieren oder einen guten Zustand von Gewässern entsprechend dem Verbesserungsgebot nach dem Wasserhaushaltsgesetz zu erreichen.

Obdachlose Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen und Stellen (z. B. den Gemeinden, Krankenhäusern, Sozialverbänden und der Polizei) eine Untersuchung zur Situation der Obdachlosen im Landkreis Hildesheim in Auftrag zu geben.

Familien- und Erziehungsberatungsstellen, Seniorenservicebüro Es soll geprüft werden, ob diese Stellen gebündelt und auch für Migrationsaufgaben eingesetzt werden können.